

Ankündigung und Call for Papers für die Kooperationstagung

„Demokratie und Islam“

des AK „Politik und Religion“ mit der Themengruppe „Transkulturell vergleichende politische Theorie“ und der Hanns-Seidel-Stiftung (HSS)

Ort: Bildungszentrum Wildbad Kreuth

Termin: 19.-21. April 2012

D V

P W



Herbst 2011
Nr. 145

Der Islam zählt gegenwärtig zu den größten Herausforderungen für die demokratischen Rechtsstaaten des Westens. Außenpolitisch geht es vor allem um einen adäquaten Umgang mit den aktuellen revolutionären Umwälzungen in Nordafrika und im Nahen Osten, deren Konsequenzen wesentlich von der Etablierung demokratischer Ideen und Praktiken in der muslimischen Kultur abhängen werden. Innenpolitisch steht die Integration der muslimischen Migranten in die demokratische (Zivil-)Gesellschaft im Zentrum der Betrachtung. Das Risiko demokratischer Entscheidungsverfahren, als unfreiwilliger Katalysator für fundamentalistische oder sogar theokratische Regime zu dienen, sorgt dabei in den westlichen Bevölkerungen ebenso für Verunsicherung wie die oftmals schwer zu ziehende Grenze zwischen der Religion des Islam und der politischen Ideologie des Islamismus. Entsprechend wird der Islam heute primär als Gefährder des inneren und äußeren Friedens und nur selten als demokratieaffiner Faktor für persönliche und systemische Sozialisationsprozesse wahrgenommen.

Angesichts dieser Situation ist eine vertiefende, die Teildisziplinen der Politikwissenschaft übergreifende theoretische Reflexion des Verhältnisses von Demokratie und Islam ebenso unumgänglich wie ein systematischer Abgleich der empirischen Befunde. Dabei ist zu prüfen, welchen Beitrag die nichtsäkularen islamischen Demokratieideen und -vorstellungen in der einschlägigen Debatte leisten können bzw. inwieweit der Westen selbst zu einer Neubestimmung des Beziehungsgeflechts zwischen Demokratie und Religion in der „postsäkularen“ Gesellschaft gezwungen ist.

Vorträge (die mit einem 1-2 Seiten langen Abstract vorzustellen sind) werden zu folgenden vier Themenbereichen erbeten:

1. Die Demokratie im islamischen Denken

Die Auseinandersetzung mit der Idee der Demokratie reicht in der politiktheoretischen Literatur der muslimischen Welt von strikter Ablehnung bis hin zu enthusiastischer Befürwortung – stets unter Berufung auf islamische Prinzipien. Die Tagung will diesbezüglich den Gravitationspunkt der Debatte – die immer wieder behauptete Untrennbarkeit von Politik und Religion im Islam – einer kritischen Analyse unterziehen und darauf aufbauend die Tiefenschärfe einschlägiger Demokratie-, Zivilgesellschafts- und Rechtsstaatskonzepte ausloten. Dabei ist grundsätzlich zu diskutieren, ob die Demokratie überhaupt unter Berufung auf eine religiöse Autorität zu legitimieren ist oder ob umgekehrt die westlich-europäische „Angst vor den Religionen“ (José Casanova) die Bedeutung der Säkularisierung für die Demokratie überschätzt.

2. Transformationsprozesse in der muslimischen Welt

Die empirischen Befunde über die Demokratisierungsfähigkeit der muslimischen Welt sprechen keine deutliche Sprache. Einerseits wurde die vermeintliche Stabilität der autokratischen Systeme in der Region durch den „arabischen Frühling“ pulverisiert, andererseits geraten die Demokratisierungsprozesse ins Stocken, ehe sie richtig begonnen haben. Und während die Demokratie von einer großen Anzahl von Muslimen in Umfragen positiv bewertet wird, lassen relativ etablierte islamische Demokratien wie die Türkei bedenkliche Entwicklungen erkennen. Die Tagung versucht hier, ein differenziertes Bild über die Entwicklungspotenziale der betroffenen Länder unter Berücksichtigung ökonomischer, struktureller, ideologischer und geopolitischer Faktoren zu zeichnen. Zentral ist auch die Frage nach der Rolle, die religiöse Gruppen wie die Muslimbrüder für die aktuellen politischen und sozialen Umwälzungen spielen.

3. Demokratie und Islam in den internationalen Beziehungen

Nachdem die geteilten Bedrohungsperzeptionen durch den religiösen Fundamentalismus bzw. islamistischen Terrorismus zu einem folgenschweren Arrangement zwischen westlichen Demokratien und arabischen Autokratien geführt hat, gilt es angesichts der aktuellen Entwicklungen in Nordafrika und im Nahen Osten die Koordinaten für die internationalen Beziehungen neu auszuloten. Die Antwort auf die Frage nach dem Verhältnis zwischen Demokratie und Islam impliziert in diesem Zusammenhang weitreichende außen- und sicherheitspolitische Konsequenzen, insbesondere in Abhängig-

D V

P W



Herbst 2011
Nr. 145

keit davon, ob die Demokratisierung als notwendig endogener, als gegebenenfalls exogen zu unterstützender bzw. als hochgradig riskanter Prozess eingestuft wird. Die Vorträge sollten in diesem Kontext auch die normativen Vorbedingungen (Menschenrechte, democratic peace, clash of civilizations, Modernisierungstheorie, Orientalismusthese etc.) reflektieren, die den gegenwärtigen Strategien für einen adäquaten Umgang mit den politischen Revolutionen im arabischen Raum zugrunde liegen. Schließlich wäre auf der anderen Seite der Islam als strukturierender, mitunter auch ideologischer Faktor der IB zu thematisieren.

4. Zwischen Integration und Parallelwelt: Der Islam und die Demokratie in der westlichen Welt

D V

P W



Herbst 2011
Nr. 145

In Deutschland und Europa gilt die Religion heute verstärkt als Konfliktursache. Besonders dem Islam wird häufig ein gewalttätiger, intoleranter Charakter unterstellt, wobei die konstatierbaren Vorurteile mittlerweile islamophobe Züge annehmen. Das abschließende Panel der Tagung fragt deswegen nach dem gegenwärtigen Stand, den die Integration der Muslime in den westlichen Demokratien erreicht hat: Ist die Gefahr von Parallelwelten gebannt oder wurden eher Scheinerfolge erzielt? Was ist über die Einstellung der Muslime zum demokratischen Verfassungsstaat zu sagen? Welchen Umgang fordert letzterer umgekehrt mit dem Islam? Wo sind die Grenzen der Religionsfreiheit, des Moscheenbaus etc. festzumachen, welche Reichweite besitzen heute noch die Konzepte von Multikulturalismus und Toleranz? Welches (verfälschte) Bild des Islam dominiert gegenwärtig die öffentlichen Debatten? Und inwiefern sind die Überlegungen zum *Euroislam* als Weg zur verbesserten Integration muslimischer Migranten anzusehen?

Wir bitten interessierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Politikwissenschaft, gerne aber auch der Nachbardisziplinen um die Zusendung von Vortragsvorschlägen bis zum **31. Dezember 2011** an eine der beiden folgenden Email-Adressen:

Dr. Oliver Hidalgo
oliver.hidalgo@politik.uni-regensburg.de

Dr. Holger Zapf
hzapf1@gwdg.de